

Herausgegeben: Donnerstag, 11. Mai 1933

Nr. 27

Vertraulich!

I. Reichskirche.

=====

a) Adolf Hitler und die evangelische Kirche.

"Kreuz-Zeitung" Nr. 128 vom 11.5.1933

Unterredung mit Wehrkreispfarrer Müller. - Nicht "Reichskirche", sondern "Deutsche Kirche".

Der Beauftragte Adolf Hitlers über evangelische Kirchenfragen hatte die Freundlichkeit, einen Vertreter der Schriftleitung der "Kreuz-Zeitung" zu einer Unterredung zu empfangen. Diese Unterredung befaßte sich vor allem mit den schwebenden kirchenpolitischen Fragen und knüpfte an die Kampfrichtlinien an, die Wehrkreispfarrer Müller für den ostpreußischen Zweig der "Deutschen Christen" vor den Kirchenwahlen verfaßt hat. Diese Kampf-richtlinien weichen in sehr wesentlichen Punkten von den ursprünglichen Forderungen der Berliner Leitung der "Deutschen Christen" ab. Aus ihnen entstand durch Auseinandersetzung mit dem "Altonaer Bekenntnis" das "Wort zur Stunde", das kürzlich einstimmig von der Pfarrerschaft Ostpreußens der Öffentlichkeit unterbreitet wurde.

Die Unterredung bestand aus acht Fragen und Antworten. Der schriftlich durch Wehrkreispfarrer Müller formulierte Text hat den folgenden Wortlaut:

1. "Nach welchen Grundsätzen, Herr Wehrkreispfarrer, muß Ihrer Meinung nach die Reform der evangelischen Kirchen erfolgen?"
"Die Reform kann nur von innen nach außen gehen. Das Gemeinsame der geschichtlich gewordenen Bekenntnisse muß gefunden werden. Und nur auf diesem Gemeinsamen, das alle evangelischen Deutschen innerlich verbindet, kann der äußere Bau errichtet werden."
2. "Halten Sie es für richtig, daß den Wünschen des Auslandsdeutschtums auch bei der Kirchenvereinigung in der Form Rechnung getragen werden muß, daß nicht eine Reichskirche, sondern eine evangelische Kirche deutscher Nation geschaffen wird, die die Verbindung mit den deutschen Glaubensgenossen im Ausland aufrecht erhält?"

"Die zwischen dem Deutsch-Evangelischen Kirchenbund und dem evangelischen Auslandsdeutschtum bestehende Verbindung muß natürlich bestehen bleiben.

Wenn die Vokabel "Reichskirche" für das Ausland zu Mißverständnissen führen würde, wird eine andere gefunden.

Mir scheint am zweckmäßigsten: "Deutsche evangelische Kirche". Mit dieser Erklärung dürfte der Kampf um das Wort "Reichskirche" erledigt sein, obwohl der Reichspressewart der Reichsleitung der "Deutschen Christen" in einer Unterredung mit einem Vertreter der "Kreuz-Zeitung" noch ausdrücklich betont hat, daß auf den Begriff der "Reichskirche" auf keinen Fall verzichtet werden dürfe.

Die dritte Frage bezog sich auf den Zusammenhang zwischen der Arbeit der Altonaer Pfarrer und der von ihnen geschaffenen Bekenntnisschaften. Es war gefragt worden, ob das Altonaer Bekenntnis oder seine Fortentwicklung eine geeignete Grundlage für den Aufbau der Kirche sein könne. Die Antwort lautete:

"Die Dinge sind zurzeit so im Fluß, und es wird von verschiedensten Seiten so ehrlich und treu nach einer Formulierung des Gemeinsamen der Bekenntnisse gesucht, daß ich im Augenblick zu dieser Frage noch keine Stellung nehmen möchte."

Bei der vierten Frage, ob Kirchenreform durch Urwahlen geschaffen oder bestätigt werden müsse, gab Wehrkreispfarrer Müller die Antwort, daß diese Frage von den berufenen Stellen noch bearbeitet werde.

5. "In welcher Form sollte nach Ihrer Meinung, Herr Pfarrer, die Eingliederung der Laien in die kirchliche Arbeit erfolgen?"

"Ich verweise auf unsere ostpreußischen Richtlinien, die hierzu folgendes sagen: "...besonders erscheint uns die Frontkämpfergeneration für die Abordnung zu den höheren Synoden berufen zu sein. Wir treten für ein kirchenordnungsmäßig verankertes Recht aller Gläubigen im Sinne Joh. Hinrich Wicherns, des Vaters der Inneren Mission, ein, für Rechte und Pflichten, welche erheblich weitergehen, als "die Ordnung des kirchlichen Lebens" vorsieht" ...Wir treten auch ein für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb unserer Kirche."

6. "Geht Ihrer Meinung nach die Kirchenreform in der Richtung, daß ein Reichsbischof mit einem Vikar und zehn Landesbischöfen (Förderung der Reichsleitung der "Deutschen Christen") bestellt wird?"

"Alle Beteiligten sind sich darüber einig, daß die Leitung der neuen deutschen evangelischen Kirche eine geistliche sein wird. Wenn kleinliche Geister nicht abwarten können, wie der Name dieser Stelle lauten soll, kann ich ihnen nicht helfen."

7. "Halten Sie es für notwendig, daß im Zuge der Kirchenreform auch die theologischen Fakultäten erneuert werden, vor allem in dem Sinne, daß einmal der Einfluß der liberalen Theologie zurückgedrängt wird, dann aber dafür Sorge getragen wird, daß die sozialen, volksmissionarischen, volksdeutschen und ostpolitischen Aufgaben des Protestantismus angepackt werden?"

"Daß in dem Aufbauwerk der neuen deutschen evangelischen Kirche die theologische Fakultät in ihrer Besetzung und in ihrer zu leistenden Arbeit eine besondere Bedeutung hat, versteht sich von selbst. Das Wichtigste scheint mir, daß die zukünftigen Pfarrer neben einer ausgezeichneten wissenschaftlichen Schulung vor allen Dingen und grundlegend innerlich so beeinflusst werden, daß sie als Zeugen selbsterlebten inneren Freiwerdens dem deutschen Volke die frohe Botschaft vom Heiland verkünden können."

8. "Ist Ihre Beauftragung durch den Kanzler so aufzufassen, daß von der nationalsozialistischen Führung aus nur die Maßnahmen als verbindlich zu betrachten sind, die Sie anordnen oder vorbereiten?"

24

"Die Beruftragung lautet wörtlich: "Nachdem sich durch die Ereignisse der letzten Zeit die Notwendigkeit ergeben hat, zu einer Reihe von Fragen, die ins Verhältnis des Staates zu den evangelischen Kirchen betreffen, Stellung zu nehmen, ernenne ich zu meinem Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen, soweit sie diese Fragen berühren, Herrn Wehrkreispfarrer Müller, Königsberg. Er hat noch den besondern Auftrag, alle Anstrengungen zur Schaffung einer evangelischen deutschen Reichskirche zu fördern. gez. Adolf Hitler."

b) Zum Neubau von Staat und Kirche.

"Der Reichsbote" Nr. 109 vom 11.5.1933

Ausspracheabend des "Reichsboten", Berlin.-Generalsuperintendent D. Dibelius und Bundespfarrer Peter sprechen.

Aus den Ausführungen von Generalsuperintendent D. Dibelius:
"Allein ausschlaggebend ist das Evangelium in seiner ganzen Totalität, von dem niemals ein Stück ausgelassen werden kann. Zu verschiedenen Zeiten wird das Evangelium verschiedenes zu sagen haben. Wenn heute so viel von den Schöpfungsordnungen die Rede ist, wobei aber noch nicht feststeht, was man im konkreten Sinne damit bezeichnen will, so kann die evangelische Kirche freudig in einem Anhang zum ersten Artikel Gott dafür danken, daß er uns das Volkstum geschenkt hat, sie kann aber unter keinen Umständen dabei den zweiten Artikel auslassen, der von der Sünde spricht. Ohne Unterschied der Person haben die Menschen die Botschaft von der Erlösung nötig..."

"Darum gilt für die Kirche die Forderung:
Freiheit von politischen Einflüssen und Gegnerschaft gegen jede staatsgebundene Verwaltungskirche. Für die evangelische Kirche besteht ein Unterschied zwischen politischem Führertum und bischöflichem Amt, daher ist es keine negative Haltung gegenüber dem Staat, wenn die Kirche völlige Freiheit für ihren Neubau fordert. Der Kanzler des deutschen Volkes, zu dem wir mit Dankbarkeit und Verehrung blicken, hat sich auch am 1. Mai wieder zum christlichen Glauben als der Grundlage des Volkslebens bekannt. Und darüber muß sich jedermann klar sein, daß
Gnade und Segen der Bewegung im deutschen Volke nicht von der Anzahl der Bundeskirchen, sondern davon abhängig ist, wie das deutsche Volk zum Neuen Testament, zum Evangelium steht

und ob reges und innerliches Leben in den Gemeinden Heimstatt hat. Eine Zukunft des Volkes ohne Kirche ist ebenso unlenkbar, wie eine Zukunft der Kirche ohne das Volk. Entscheidend für unser Volk ist es, ob wieder ein lebendiges Gemeinleben erwacht, ob man sich in der Familie wieder um das Wort Gottes sammelt und in glaubensstärkenden Gebeten vereint. Nur eine so missionierende Kirche wird dem deutschen Volke wertvolle Dienste leisten."

Aus den Ausführungen von Bundespfarrer Peter:

"Der Redner wählte den Begriff "evangelisches Deutschland" auf die evangelische Führung an und nannte sie: offizielles evangelisches Deutschland. In den vergangenen Jahren habe man eine übereinstimmende Grundhaltung bei der Führung und in der Literatur feststellen können. Das offizielle evangelische Deutschland habe im Gegensatz zur nationalen Revolution gestanden.

Nationale Revolution heiße Kampf und Sieg des Nationalsozialismus und Adolf Hitlers. Mit leidenschaftlichen Worten verwehrte sich der Redner dagegen, daß auch andere nationale Kräfte an der nationalen Revolution mitgearbeitet hätten. Eine nur freundliche oder sympathisierende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus lehnte der Redner ab. Innerhalb der nationalsozialistischen Reihen hätten die "Deutschen Christen" gestanden, an die ihr Ruf Gottes ergangen sei: "Ihr mt Adolf Hitler folgen"....

"Die "Deutschen Christen" wären aber diesem Rufe, ohne Rücksicht darauf, daß die evangelische Führung von Hitler nichts wissen wollte, gefolgt; denn sie bekennen sich zu dem Satz: Christus ist mein Heiland, und Adolf Hitler ist mein Führer! Niemals wären sie in ihrer Treue wankend geworden, selbst dann nicht, als sich der Führer in seinem Telegramm zu den Märtyrern von Potempa als seinen Kameraden bekannte. Der Wortlaut des Telegramms sei die größte revolutionäre Tat Hitlers gewesen.

Diese Worte lösten bei der sehr unruhig gewordenen Hörerschaft eine verständliche Erregung aus, die sich noch steigerte, als der Redner die Bemerkung machte, daß jeder, der eine andere Haltung zu Potempa einnehme, den Sinn der nationalen Revolution noch nicht begriffen habe..."

"Es gehe nicht darum, alte Traditionen zu erneuern, sondern einen Staat aufzubauen, der dem Arbeiter eine Heimat gebe. Aus diesem Grunde haben sich, so sagte Pfarrer Peter, die "Deutschen Christen" auch zum Streik als Wirtschaftsmittel bekannt und dem Berliner Verkehrsstreik im November 1932 organisieren helfen. Wenn heute ein neuer Staat aufgebaut werde, so sei die evangelische Kirche unentbehrlich. Niemals hätten die "Deutschen Christen" die Absicht, Politik und Religion zu vermengen, aber sie forderten, daß die Kirche ihre Neutralittsstellung aufgeben und sich zu Hitler bekennen. Das könne allerdings nur im Bewußtsein der Buße geschehen, weil die evangelische Führung vorher nicht dem Rufe Gottes gefolgt sei. Man werde sich daran gewöhnen müssen, daß vieles von Grund auf geändert werden muß, vor allen Dingen die evangelische Pädagogik. Hier gelte es, sich zu jenem heiligen Fanatismus zu bekennen, wie ihn der Führer liebe. Die Voraussetzung dafür sei jedoch, daß sich die Struktur der Kirche völlig wndele und sie eine lebendige geschichtliche Beziehung zur nationalen Revolution bekomme. Die "Deutschen Christen" betrachteten es als ihre Aufgabe, die Kirche so zu gestalten, daß ein Konflikt zwischen Staat und Kirche unmöglich wird, und wußten, der heilige Kampf sei ihnen von Gott aufgetragen."

c) Echo in der Presse.

"Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11.5.1933

"...Der Glaubensbewegung der "Deutschen Christen" liege daran, daß die Freiheit der Kirche und des Evangeliums unangetastet bleibe, ebenso sehr aber auch daran, daß das Evangelium so verkündet werde, daß das ganze Volk auf die christliche Botschaft höre. Deshalb sei es ihre Aufgabe, die Kirche so zu gestalten, daß ein Konflikt zwischen Staat und Kirche auch in den geistigen Brennpunkten des Glaubens unmöglich werde.-
Wie aber, so fragen wir, ist das möglich?"

70

d) Thesen zur Neugestaltung der evangelische Kirche.- Aufgestellt von den Superintendenten des Sprengels Pommern Ost, an den Präsidenten D. Dr. Kapler gerichtet.

"Der Reichsbote" Nr. 109 vom 11. Mai 1933

"...Mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes für die bisher geleistete hingebungsvolle Arbeit bei der Vertretung unserer Kirche in ernster Zeit und ihrer Umgestaltung und mit der Versicherung unseres ehrerbietigen Vertrauens tragen wir Superintendenten des Sprengels Pommern Ost einmütig dem Herrn Präsidenten D. Dr. Kapler folgende programmatischen Wünsche vor:

1. In der Überzeugung, daß die nationale Neugestaltung des deutschen Reiches die längst erforderliche Neuordnung der Kirche gebietet, halten wir es für die Lebensfrage der Kirche, daß die Grundlage dieser Neuordnung vom Evangelium und dem Bekenntnis unserer Kirche ausgeht.

2. Die Freiheit und Selbständigkeit der Kirche in ihrer Verkündigung und in ihrem Dienst, wie die Erklärung des Herrn Reichskanzlers sie gewährleistet, darf unter keinen Umständen preisgegeben werden.

3. Zum Wesen der Lutherischen Bekenntniskirche gehört die geistliche Führung. Deshalb wünschen wir kein kollegiales Kirchenregiment, sondern das bischöfliche Amt, in seinem Vollsinn als Lehramt aufgefaßt.

4. Bei der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse erscheint uns die Mitheranziehung jüngerer Persönlichkeiten notwendig."

e) Aus "Thesen zur Verständigung und Besinnung über Glaube und Kirche. Von Professor D. Hermann, Geißwald.

"Der Reichsbote" Nr. 109 vom 11. Mai 1933

"Volk und Vaterland sind selber zum Glauben an Christus berufen. Ein Glaubensrichteramt aber hat nur die Heilige Schrift."

+

"Die Kirche will und muß Dienst am Vaterlande sein. Für die Befreiung von Knechtschaft und Schmach mitzukämpfen, ist ihr Glaubens- und Herzenssache. Staatliches Machtmittel darf sie darüber nicht werden und braucht es auch nicht zu werden."

+

"Wer den wahren Gott durch einen Nationalgott ersetzen wollte, würde in den Fehler verfallen, der dem jüdischen Volke zum Schicksal geworden ist."

+

"Luthers deutsche Übersetzung hat dem Christenvolk die "Bibel oder die ganze Heilige Schrift" wiedergegeben. Welcher Christ, welcher Deutsche könnte es wagen, die Bibel zu zerteilen oder zu zerreißen."

+

"Luther sagt vom Alten Testament: Laß dein Dünkel und Fühlen und halte von dieser Schrift als von dem allerhöchsten, edelsten Heiligtum, als von der allerreichsten Fundgrube, die nimmermehr genug ausgerüstet werden mag..."

Hier wirst du die Windeln und Krippen finden, da Christus innen liegt, dahin auch der Engel die Hirten weiset. Schlecht und geringe Windeln sind es, aber teuer ist der Schatz, Christus, der drinnen liegt."

+

"Das Alte Testament ist die Bibel Jesu Christi gewesen."

+

"Luther sagt: "Ein Lehrer, der zu den Irrtümern stille schweigt und will gleichwohl ein rechter Lehrer sein,... (dem) ist nicht zu vertrauen."

II. Aufrufe.

=====

Ein neuer Ruf zur Sammlung.

"Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11.5.1933

Der Staat richtet, die Kirche rettet.

Die junglutherische Bewegung, beraten von D. Jeep, erläßt einen Aufruf, der in den kommenden Entscheidungen über Inhalt und Gestalt der evangelischen Kirche vielleicht noch eine große Rolle spielen wird. Es heißt darin:

"Wir fordern, daß einzig und allein aus dem Wesen der Kirche heraus gehandelt wird.- Urwahlen lehnen wir als überwundenen demokratischen Irrtum ab. Die Ernennung eines Reichsbischofs hat umgehend, und zwar durch das bestehende Direktorium zu erfolgen.

Wir wollen eine mit Vollmacht handelnde geistliche Kirchenleitung. Diese schließt die Mitarbeit der Gemeinden ein. Lebendige Teilnahme am Gottesdienst und an der Arbeit der Gemeinde bildet den Gesichtspunkt der Auslese für die kirchlichen Körperschaften. Wir wünschen, daß die Vergreisung in Ämtern und Körperschaften durch starke Heranziehung jüngerer Kräfte, besonders aus der Frontgeneration, beseitigt wird.

Die Willkür der Verkündigung muß durch feste Lehrautorität aufgehoben werden. Wir bekennen uns zu dem Glauben an den Heiligen Geist und lehnen deshalb grundsätzlich die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche ab, denn sie beruht auf einer Verwechslung von Staat und Kirche. Der Staat hat zu richten, die Kirche hat zu retten.

Aufgrund der bestehenden Einzelbekenntnisse hat die Kirche den Menschen von heute die Antwort des Evangeliums auf die Frage nach Rasse, Volk und Staat zu geben. Hieraus wird das neue Bekenntnis erwachsen. Wir bekämpfen aber den Versuch einer erstorbenen liberalistischen Theologie sich von Neuem in die Kirche einzudrängen. Alle, die des gleichen Willens und des gleichen Glaubens sind, rufen wir auf, sich mit uns zusammenzuschließen. Alle Pfarrer und Laien, die diesem Grundsatz zustimmen, wollen ihr Einverständnis mitteilen an Lic. D. Künneht, Berlin-Dahlem, Zietenstr. 24.

Lic. Dr. Doerne, Direktor des Predigerseminars, Lückendorf (Sachsen), Pfarrer Gerhard Jacobi, Berlin, Privatdozent, Lic. Dr. Künneht, Berlin, Pfarrer Dr. Hanns Lilje, Berlin, Prof. D. Karl Ritter, Marburg/Lahn, Prof. D. Stählin, Münster/W., Pfarrer Riethmüller, Berlin, Pfarrer G. Schulz, Barmen (Synower Bruderschaft), Prof. D. Dr. Schreiner, Rostock, Superintendent Görnannt, Potsdam, Privatdozent Dr. H. D. Wendland, Heidelberg.

Wir vermissen den Namen von D. Zoellner und die Altonaer Pastoren.

Sie hält die Organisation lediglich wegen der Ausübung der Mandate im Lande und Gemeinden aufrecht, erklärt aber, daß die Zugehörigkeit zu dieser Organisation kein Hindernis für die Zugehörigkeit zur NSDAP. sein soll und empfiehlt auch den Mitgliedern den Eintritt in diese, weil sie die hauptsächlichsten Forderungen der Großdeutschen vertrete. Die großdeutsche Landesparteileitung von Kärnten hat einen Beschluß gefaßt, in dem sie fordert, eine enge Kampfgemeinschaft mit der NSDAP anzustreben, insbesondere um die jetzt herrschende deutschfeindliche Richtung zu ändern. Bekanntlich hat auch die Salzburger Parteileitung einen ähnlichen Beschluß bereits vor einiger Zeit gefaßt und sogar den Antrag gestellt, die Parteiorganisation aufzulösen.

VIII. Kleine Mitteilungen.
 =====

"Frankfurter Zeitung" Nr. 348 vom 11. Mai 1933.

Eine Erklärung der SPD. Württembergs.
 =====

- a) Stuttgart, 10. Mai. Der Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs hat dem württembergischen Ministerium des Inneren folgende Erklärung abgegeben: Im Hinblick auf die Beschlagnahme des Vermögens und der Organisationseinrichtungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in Würdigung der Tatsache, daß unter den gegebenen politischen Verhältnissen eine Möglichkeit zur Parteilbetätigung nicht mehr besteht, haben die Mitglieder des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs ihre Parteiämter niedergelegt. Den Inhabern von Mandaten wird empfohlen, ihre Tätigkeit in einem Sinne auszuüben, daß sie weder einen Zweifel an ihrer nationalen Gesinnung noch an dem Willen zuläßt, die politische Neubildung Deutschlands nach den Plänen der nationalen Revolution zu unterstützen. Oberstes Ziel ist und bleibt die Förderung des Wohles aller werktätigen Volksgenossen im Rahmen der Gesamtinteressen des deutschen Volkes.
- b) "Reichsbote" Nr. 109 vom 11. Mai 1933.

Aus einer Besprechung von Professor Bergmann "Deutsche Nationalkirche."
 =====

"...Selbstverständlich ist sowohl das Buch von Professor Bergmann als auch sein Aufsatz in der "DAZ." von höchstem Niveau. Aber sein wesentlicher Gehalt ist der gleiche Materialismus, gegen den sich heute der entschiedene Kampf des Nationalsozialismus, Gott sei Dank, richtet. Für diese Feststellung kann wohl kein einwandfreierer Zeuge benannt werden, als Graf Ernst Reventlow, der alte Nationalsozialist, der selbst auch nicht im Lager des Christentums steht, der aber ein untüchtig feines und sicheres Empfinden dafür hat, wo "Religion" aufhört und "Weltanschauung" anfängt, vor allem Weltanschauung materialistischen Gepräges. Graf Reventlow war es aber, der in seinem "Reichswart" die Gedankengänge und die Grundhaltung des Bergmannschen Buches als areligiös und materialistisch kennzeichnete. - Es ist ein Glück für das deutsche Volk und zeugt am besten für die menschliche und staatsmännische Größe Adolf Hitlers, daß er es ablehnt, seine politische - im weitesten Sinne - Sendung dadurch zu gefährden, daß er auf religiösem Gebiet eine Reformation, gleich welcher Art, beginnen wollte."

III. Von den "Deutschen Christen".

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11.5.1933

"Ordnung und Glaube". Aufsatz von A.F..

"Die notwendige Neuordnung der Verfassung und Verwaltung in den einzelnen Kirchengemeinden wird zunächst zurücktreten hinter der zentralen Aufgabe der Schaffung der "Deutsch-Evangelischen Kirche", die als Kernstück der gesamten kirchlichen Neugestaltung ist. Es handelt sich zunächst um einen engeren Zusammenschluß für die lutherische Kirche und des reformierten Kirchentums, wobei eine Auflösung der Altpreußischen Union ernsthaft nicht in Frage käme. Sie soll auch in den Beratungen des Kirchenausschusses von keiner Seite gefordert worden sein. Die ganze Reformarbeit sei von der Überzeugung getragen, daß die entscheidende Aufgabe nicht eine organisatorische als vielmehr eine kirchliche und missionarische ist.

Aus dieser offiziösen Meldung war zu ersehen, daß sich, wie wir annehmen, der Plan nicht durchgesetzt hat, eine lutherische neben einer reformierten Kirche unter einem gemeinsamen Kirchenbundesamt zu gründen. Das historische Gewicht der Altpreußischen Union erweist sich als zu stark, obwohl es hier theoretisch möglich wäre, die überwiegende Mehrzahl der Gemeinden, die den lutherischen Katechismus haben, von den Gemeinden mit reformiertem (Heidelberger) Katechismus zu trennen. Aber ganz unmöglich ist diese Trennung bei den Landeskirchen von Baden Pfalz und Anhalt, die eine Konsensus-Union besitzen, also ein "Bekanntnis", dessen lutherische und reformierte Bestandteile mit Hilfe einer rationalistischen Theologie vor hundert Jahren zusammengeschmolzen wurden. In jener Meldung ist ferner nur von einem reformierten "Kirchentum" die Rede. Da die Mehrzahl der reformierten Gemeinden der Altpreußischen Union, insbesondere der rheinischen Kirchenprovinz angehören und in der Union verbleiben werden, so ist bei einem engeren Zusammenschluß des Kirchentums offenbar daran gedacht, den gesamten reformierten Gemeinden des Reiches für geistliche Angelegenheiten eine allgemeine Synode und für die Pflege ihrer gemeinsamen Beziehungen neben dem lutherischen Reichsbischof einen reformierten Reichsvikar zu geben. Alle diese Pläne knüpfen aber noch sehr stark an das historisch Gegebene an, um dessen bessere übersichtlichere und einheitlichere Ordnung sie sich bemühen. Es liegt ihnen noch nicht der bedingungslose Wille und das Vermögen zugrunde, aus der Einmütigkeit eines gegenwärtigen Bekenntnis das einheitliche Glaubensfundament für die Gestalt der Kirche zu gewinnen."

Der Aufsatz geht weiter ein auf Ausführungen, die Pfarrer Peter ("Deutsche Christen") kürzlich in einer Berliner Zeitung gemacht habe. Pfarrer Peter betont, daß man sehr wohl mit Luther die "Kirche des Glaubens" von der "Kirche der Gestalt" zu unterscheiden wisse. Die Reform, um die es jetzt gehe, gälte aber der "Kirche der Gestalt."

"...Die Säkularisierung der Gestaltkirche kann von keinem bestritten werden. Würde sie bestritten, dann müßte die Kirche auch die Konsequenzen ziehen, sie müßte zum Verkauf ihrer Äcker schreiten, ihren Steuermodus aufgeben, die ständische Eingliederung ihrer Wortverkünder, den Organismus des Volkes preisgeben, kurz sie müßte Kirche der Einzelzeit werden."

"...Die "Deutschen Christen" wollen die evangelische Reichskirche mit dem in sich einigen Kirchenvolk. Durch eine Wiederbelebung konfessioneller Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts ist dieser Reichskirche nicht geliebt. Es muß daher in Katechetik und Verkündigung das geschichtliche Erbe der Reformatoren Luther, Zwingli, Calvin innerhalb der Reichskirche gewahrt werden. Die kirchenrechtliche Einheit der Reichskirche kann jedoch nicht konfessionalistisch, sondern nur völkisch begrenzt werden. Wir nehmen von den Reformatoren heute noch darüber Weisung an, wie der einzelne in das rechte Verhältnis zu Gott komme. Wir erkennen aber die Gestaltkirche in Deutschland nach den Geboten, die Gott uns heute und jetzt durch den Lauf unserer deutschen Geschichte gibt."

Dieser Tage sprach Pfarrer Peter das zentrale Gebot, unter dem sich die Glaubensbewegung der "Deutschen Christen" bei der Reform der Kirche fühlt, ganz eindeutig aus: "Du sollst Adolf Hitler folgen!"

Auf dieser Grundlage sind jene weitgehenden, ja geradezu umstürzenden Forderungen erwachsen, wie Pfarrer Hossenfelder Ende voriger Woche dem Präsidenten D. Kuiler vorgelegt hat, und die das größte Aufsehen erregten. Wenn sie in der bekanntgegebenen Form zunächst keine Annahme gefunden haben, so ist das nicht nur dem hilfreichen Rat manches praktischen Theologen zu verdanken, sondern vor allem dem Eingreifen des Wehrkreispfarrers Müller, der zwar nicht minder auf die Einheit der kirchlichen Verfassung und eine Verjüngung der kirchlichen Körperschaften Gewicht legt, aber in richtiger Erkenntnis vom Wesen der Kirche als Voraussetzung einer beständigen Kirchenordnung die Einheit eines neuen Bekennens fordert.

+

Mit dieser Forderung, daß die Kirche in ihrer Gestalt nur vom lebendigen Glauben her aufgebaut werden kann, ist nicht nur die Auffassung maßgebender Stellen zum Ausdruck gebracht, sondern es ist damit ein Grundsatz ausgesprochen, auf den sich, wie es scheint, alle an der Kirchenreform beteiligten Kreise zu einigen beginnen. Aber man muß sich auch darüber klar sein, daß wir nun vor der Frage stehen, welches denn dieser Glaube ist und wer über den Glauben zu entscheiden hat. Aus der Lösung dieser Frage ergibt sich also nicht nur der Glaube selbst, sondern auch die Ordnung der Kirche. Entscheiden darüber die Theologen, so erhalten wir wieder die Pastorenkirche. Entscheidet "das Volk", - wobei die Frage offen bleibt, ob das Volk aus eigenem Antrieb oder nach dem Willen des Führers entscheidet, - dann wird die Kirche zweifellos zur Volkskirche, zur Hüterin des religiösen Volkswillens und der Volkssitte. Aber sie steht dann in Gefahr, daß aus dem Evangelium Christi das Evangelium des Volksgeistes wird. Wer kann die Kirche davor bewahren? Nur die wachen und berufenen Träger des Glaubens und der evangelischen Verkündigung, die dem Volke gegenübertreten im Namen des Herrn der Kirche, aber nicht im Namen des Volkes oder seiner politischen Führer. Der Glaube und das Bekennen kann daher nur erwachsen aus der Gemeinschaft der Gläubigen, aus der Gemeinde, die sich um die rechte Verkündigung des Evangeliums schart, aber nicht aus der politischen Gemeinschaft. Die Träger des Glaubens können nicht Agitatoren, sondern nur Zeugen der evangelischen Wahrheit sein. Das Volk möge dann entscheiden, wenn es folgen will. Das war zu allen Zeiten der Kirche so, es hat immer rechte und falsche Propheten gleich gegeben. Und neben dem Christ hat zu allen Zeiten der Antichrist gestanden.

Es werden in diesen Wochen Zeugen des Glaubens in großen Scharen auftreten und zum Volke sprechen. Damit wird das Bekennen anheben. Zu einem Bekenntnis wird es aber erst kommen, wenn das Volk sich entschieden hat. Ohne diese Entscheidung des Volkes kein Bekenntnis und keine sichtbare Kirche. Das deutsche Volk, das seine nationale Erhebung als eine Sache des Glaubens erlebt hat und dessen Glaube immer wieder aus der Botschaft Adolf Hitlers pricht, und sich an dieser Botschaft entzündet, wird zu einem gegenwärtigen Bekenntnis nur dann finden können, wenn die Zeugen des evangelischen Glaubens Zwiesprache mit dem Manne gehalten haben, der der Mund des Volkes ist; wenn sie auf die Fragen, die ihnen von diesem Führer bzw. von seinem Stellvertreter vorgelegt werden, die rechte evangelische Antwort finden können. Das ist nicht nur die konkrete Situation für die Findung des Bekenntnisses, sondern so wird die Situation auch an maßgebender Stelle gesehen.

Ist die Lösung dieser Glaubensfrage gefunden, so ergibt sich erst die Frage, die sich nicht beantworten läßt, ohne eine Besinnung auf die Rechte der christlichen Obrigkeit bei der Reform der Kirche, wie die lutherische Überlieferung sie kennt. Hat die Obrigkeit, soweit sie Glied der Kirche ist, aus der "Pflicht der brüderlichen Liebe" das Recht, einer notleidenden oder einer an schuldhaftem Versagen krankenden Kirche beizuspringen?

+ welche Ordnung und Gestalt die Kirche erhalten kann. Das ist eine Frage+

b) "Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11.5.1933

Pfarrer Kessel fordert Urwahlen.

Auf einer Kundgebung der "Deutschen Christen" sprach in Breslau der Reichspropagandaleiter Pfarrer Kessel. Die Bewegung komme nicht, um zu trennen, sondern um zu verbinden. Sie seien stolz darauf, daß sie mit der nationalsozialistischen Bewegung zusammengegangen seien. Die Politik müsse der Kirche ausgetrieben werden. Durch Kirche und Schule solle der neue Staat untermauert werden, damit er nicht zerstört werden könne. Bei der Schaffung einer Reichskirche dürfe kein Plan vom grünen Tisch herab dem Volke vorgelegt werden. Deshalb habe die Bewegung die Urwahl für den 31. Oktober gefordert. Die Führung der "Deutschen Christen" könne heute behaupten, daß das Volk hinter ihr stehe.

c) "Kreuz-Zeitung" Nr. 128 vom 11.5.1933

Ein Volk - eine Kirche?

In katholischen Kreisen ist eine lebhaft Beunruhigung über eine Rede des Reichspropagandaleiters der "Deutschen Christen", Pfarrer Kessel, entstanden. Pfarrer Kessel sprach kürzlich in Breslau und betonte, daß das Ziel eine Reichskirche unter dem Motto: "Ein Volk, ein Reich, eine Kirche" sei. Diese Wendung hat u. E. zu Unrecht bei deutschen Katholiken Unwillen erregt, weil es sich hier offensichtlich nur um den evangelischen Volksteil handelt.

IV. Aus Landes- und Provinzialkirchen.

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11.5.1933

Landesbischof D. Meiser von Bayern ist nicht, wie fälschlich berichtet wurde, dem Beispiel von D. Renitorff gefolgt. Er ist nicht Mitglied der NSDAP.

V. Aus evangelischen Vereinen und Verbänden.

=====

"Der Reichsbote" Nr. 109 vom 11. Mai 1933.

"Neuer Verlag des Reichsboten."

"... Um die Schlagkraft des "Reichsboten" als bewußte Tageszeitung für das evangelische Deutschland noch zu erhöhen, ist es gelungen, ihn seit dem 1. Mai auf eine breitere Grundlage zu stellen, um so seinen Ausbau zur führenden großen Tageszeitung deutschprotestantischer Prägung immer mehr durchzusetzen. Diese Aufgabe von der verlegerischen Seite her zu erfüllen, hat sich der neue wirtschaftliche Leiter des "Reichsboten" Karl Ernst Schulze gestellt, der sich der Versammlung mit einem persönlichen Grußwort bekannt machte. K.E. Schulze steht seit vielen Jahren kämpferisch in der nationalsozialistischen Bewegung. In ihr hat er als Verleger und Drucker des "Angriff" die Aufwärtsentwicklung eines Zeitungswerkes miterlebt und an seinem Teil entscheidend gefördert. Wenn er sich jetzt entschlossen hat, den "Reichsboten" in seine verlegerische Obhut zu nehmen, dann deshalb, weil er als überzeugter Protestant erkannt hat, daß gerade in der gegenwärtigen Situation die bewußt evangelische Presse eine ganz einzigartige Aufgabe zu erfüllen hat, nämlich die, über dem Parteibegriff als unabhängige Tageszeitung für deutsch-protestantische Politik auf der Warte zu stehen.

VI. Aus dem katholischen Lager.

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 128 vom 11. Mai 1933.

Vom Zentrum zur NSDAP.

=====

Führende katholische Kreise Hessens nahmen in einer Darmstädter Arbeitsgemeinschaft eine EntschlieÙung an, die der Enttäuschung über die Zentrumspolitik Ausdruck gibt. Es wird dazu aufgefordert, im Dienste der nationalsozialistischen Bewegung zu arbeiten. In der EntschlieÙung heißt es u.a.:

Von der Regierung der nationalen Erhebung erwarten wir Schutz und Freiheit des kirchlichen und religiösen Lebens und Sicherung des konfessionellen Friedens. Ein parteipolitischer Zusammenschluß der Katholiken erscheint uns deshalb nicht mehr notwendig und auch nicht mehr wünschenswert.

VII. Oesterreich.

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 107 vom 11. Mai 1933.

"Die Wiener Dollfuß-Front bröckelt ab."

=====

"... Inzwischen konsolidiert sich die Volksfront gegen das Dollfuß-Regime immer weiter. So hat die Landesparteileitung der Großdeutschen Volkspartei in Vorarlberg einstimmig den Beschluß gefaßt, aus der Großdeutschen Volkspartei auszutreten.